

Heizkosten

Heizkosten steigen. Was das Klimapaket für die Bürger bedeutet

Die Änderungen am Klimapaket sind in trockenen Tüchern. Die Bürger müssen sich für mehr Klimaschutz auf Veränderungen einstellen. Zusätzliche Belastungen sollen aber zum Teil abgedeckt werden. Mehr tun für den Klimaschutz - aber die Bürger nicht überfordern. Das ist kurz gesagt die Hauptbotschaft der Politik



Wer mit Öl heizt muss deutlich mehr für die Wärme zahlen. Foto: Gerd Warda

Deutschland wird aller Voraussicht nach seine Klimaschutzziele für 2020 reißen. Nationale und international verpflichtende Vorgaben für das Einsparen des klimaschädlichen Treibhausgases CO₂ für 2030 sollen aber nun geschafft werden. Dazu hat die Bundesregierung ein umfangreiches Klimaschutzprogramm auf den Weg gebracht.

Der Kompromiss von Bund und Ländern sieht vor, dass der CO₂-Preis im Verkehrs- und Gebäudereich zum 1. Januar 2021 mit 25 Euro pro Tonne starten soll. Das bedeutet, dass Benzin um etwa 7,5 Cent teurer wird. Bis 2025 soll der Preis schrittweise auf 55 Euro erhöht werden. 2026 dann soll ein Preiskorridor mit einem Mindestpreis von 55 Euro pro Emissionszertifikat und einem Höchstpreis von 65 Euro festgelegt werden.

Bis zu 134 Euro im Jahr

Für Heizkosten bedeutet das für eine Durchschnittswohnung Mehrbelastungen von bis zu 134 Euro im Jahr - zu diesem Ergebnis kommt eine Modellrechnung des Energiedienstleisters Ista und der Technischen Universität Dortmund. Ein Ölheizung würde dabei zu deutlich höheren Zusatzkosten führen als eine Gasheizung, die weniger Kohlendioxid ausstößt.

EEG-Umlage soll deutlich gesenkt werden

Bei den Strompreisen sollen Bürger und Firmen entlastet werden. Dazu soll die EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms deutlich gesenkt werden - sie ist ein wesentlicher Bestandteil beim Strompreis. Für einen Durchschnittshaushalt bedeutet das nach Berechnungen der Regierung eine Entlastung von 63 Euro im Jahr 2021 und von 103 Euro 2025 bei einem dann höheren CO₂-Preis und Mehreinnahmen des Staates.

dpa